

Sexualkundeunterricht (letzteres meist nach Geschlechtern getrennt in konfessionellen Schulen) Erfahrungen gesammelt. In Schweden wurde seit Jahren der Sexualkundeunterricht in gemischten Klassen durchgeführt. In der Sowjetunion, wo man heute erst beginnt, die nötigen Voraussetzungen für die schulische Sexualerziehung zu schaffen (Ausbildung geeigneter Lehrkräfte, Bereitstellung geeigneter Lehr- und Lernmittel), scheinen die verschiedenen Möglichkeiten der Gruppen- bzw. Klassenaufteilung noch zur Debatte zu stehen. Im Hinblick auf die bisherige Zurückhaltung gegenüber gemischten Klassen, wird man sich wohl für den nach Geschlechtern getrennten Sexualkundeunterricht entscheiden. Angesichts des derzeitigen Standes der Diskussion um die schulische bzw. außerschulische Sexualerziehung in der Bundes-

republik darf man vermuten, daß diese wohl kaum in Gefahr ist, allzu „einseitig programmiert“ zu werden. Nicht nur alle Unterrichtsfächer, sondern auch die verschiedenen öffentlichen und privaten Erziehungsfaktoren werden je nach ihrem Bezug zum Thema an der geschlechtlichen Erziehung beteiligt sein müssen. Wenn der Sexualkunde-Atlas dazu beigetragen hätte, die Problematik der Sexualerziehung und besonders auch des Sexualkundeunterrichts — vielleicht gerade durch die fast einhellige Ablehnung, auf die dieses Buch seit seinem Erscheinen gestoßen ist — zu klären und neue Impulse zur Schaffung praktikabler Unterrichtsmodelle und Lehrbücher gegeben zu haben, so wäre er doch nicht überflüssig gewesen; dies allein schon deshalb, weil seine Ergänzungsbedürftigkeit zu neuen Initiativen in der Sexualerziehung zwingt.

Rechtsradikalismus in der Bundesrepublik

Die vergangenen Wochen des beginnenden Wahlkampfes haben die Auseinandersetzung über die Nationaldemokratische Partei Deutschlands erwartungsgemäß wieder stärker in den Vordergrund gerückt. Versucht man diesen Vorgang primär in den Grenzen der Wahltaktik der anderen Parteien zu sehen, gewinnt man beinahe den Eindruck, die NPD sei selbst als *Gegenstand des Parteienstreits* zu einem beherrschenden Thema des Wahlkampfes geworden, das von vielen nachdenklichen Bürgern mit Sorge und einiger Skepsis verfolgt wird. Da ist zunächst der Streit um die Frage, wieweit die NPD primär nur autoritäre Ordnungspartei und Zuflucht der durch die wachsenden Unruhen Aufgeschreckten sei, oder ob sie als antidemokratische, in ihren Zielen dem Grundgesetz widersprechende politische Bewegung *oder* gar mehr oder weniger als geistige und politische Nachfolgepartei der nationalsozialistischen Bewegung mit parlamentarischem Anstrich angesehen werden muß. Es wächst sodann die Ungewißheit über den tatsächlichen, inzwischen gewachsenen oder verminderten Rückhalt der Partei in der Wählerschaft und über die möglichen künftigen politischen Chancen einer solchen Partei, vorausgesetzt daß ihr der Einzug in den nächsten *Bundestag* gelingt. Diese Unsicherheit macht sich Luft in wenig realistischen *Kombinationen* über eine mögliche Koalitionsbereitschaft der Unionsparteien mit der NPD oder in schon realistischeren, wenn auch kaum zutreffenden Prognosen über eine parlamentarische Ad-hoc-Hilfestellung zwischen den Unionsparteien und der NPD, wenn erstere mit einer schwachen absoluten Mehrheit in den Bundestag einziehen und mangels Koalitionsbereitschaft der anderen demokratischen Parteien zur Durchsetzung gewisser wirtschafts- oder außenpolitischer Ziele auf Stimmen aus der NPD angewiesen oder diese sich auf geschickte Weise *unentbehrlich* machen sollte.

Hinzu kommt im vor- und außerparteilichen Raum die wachsende Neigung, den Kampf gegen die NPD auf die Straße zu tragen und mangels eines Verbots durch das Bundesverfassungsgericht den Einfluß der Partei auf dem Wege der Demonstration oder durch administrative Maßnahmen (z. B. durch Verweigerung öffentlicher Räume für Wahlkampfveranstaltungen) einzudämmen. Gefruchtet hat das alles kaum. Recht haben wohl diejenigen, die meinen, durch solche Maßnahmen trage man nur dazu bei, die NPD in der Öffentlichkeit weiter bekannt zu machen, ihr

eine nicht verdiente Publizität unter ihr günstigem Vorzeichen zu verschaffen und durch mehr oder weniger gewaltsame Störungen ihrer Veranstaltungen sich ihr gegenüber ins Unrecht zu setzen, da auch eine rechtsradikale Partei, solange sie nicht verboten ist, Anspruch auf *demokratische* Behandlung habe. Zudem kommt es so zu einer *Eskalation der Extreme* auf Gegenseitigkeit, „weil die Linksextremen hoffen, daß die Prügelkommandos der NPD Empörte und Besorgte in ihre Reihen treiben, so wie die NPD-Führung sehnlich erwartet, daß Apo-Krawalle ihr Wähler zuschrecken“ (B. Dechamps, in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 2. August 1969).

Der bisherige Aufstieg

Zeigt sich nicht nur am Beispiel der NPD, sondern auch am Umgang mit ihr ein exemplarisches Stück nicht bewältigter deutscher Vergangenheit und verdiente das Angstsyndrom über die wieder aktiv gewordene radikale Rechte genauso aufmerksame Beobachtung, weil es für die politische Entwicklung der nächsten Jahre ebenfalls problematisch werden kann, so sind die Besorgnisse über das Anwachsen des Rechtsradikalismus und seine politischen Auswirkungen, auch wenn ausgeschlossen bleibt, daß sich die NPD zu einer tragenden politischen Potenz entwickelt, doch nicht unbegründet. Ihr Aufstieg in den vergangenen Jahren machte immerhin die These zunichte, es handle sich bei ihr nur um rezessionsbedingte Zufallserfolge, die einem politisch irrelevanten Konglomerat von Unzufriedenen zuzuschreiben seien. Dazu waren die Erfolge in den letzten Jahren zu beträchtlich. Gewann die NPD bei den Bundestagswahlen im September 1965 im *Bundesdurchschnitt* auch nur zwei Prozent der gültigen Stimmen, so lag ihr Stimmenanteil in für sie besonders anfälligen Gebieten schon damals beträchtlich höher und schwankte in gewissen Gebieten Oberhessens, von Rheinland-Pfalz und in Franken (in einzelnen Städten) zwischen 4,5 und 5 Prozent, während sie in Nordrhein-Westfalen nur 1,1 % der Stimmen erzielte. Der Aufstieg setzte sich dann bei den folgenden Landtagswahlen *fast kontinuierlich*, wenn auch nicht mit gleichen Erfolgsquoten fort (zu den Zahlenangaben vgl. „Archiv der Gegenwart“ 1966, 12415 C, 12798 F, 12820 D; 1967, 13212 A, 13441 B): bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg (März 1966) erhielt sie 3,9 % der gültigen Stimmen.

Bei den hessischen Landtagswahlen (im November 1966) stieg ihr Stimmenanteil zum erstenmal über die 5%-Grenze (7,9% der gültigen Stimmen). Bei den Landtagswahlen in Bayern (November 1966) gewann sie 7,4%. Es folgten die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein (April 1967) mit 5,8%, in Niedersachsen (Juni 1967) mit 7%, die Bürgerschaftswahl in Bremen (Oktober 1967) mit 8,8% und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg (im April 1968) mit 9,8% der Wählerstimmen.

Der Aufstieg verlief zwar nicht so linear, wie die NPD selbst zu erwarten vorgab und wie manche nach den Anfangserfolgen in Hessen und Bayern (wo die NPD die FDP aus dem Landtag verdrängte) befürchteten. Das Ergebnis bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein, wo man auf Grund des ausgeprägt konservativen Wählerverhaltens eine besonders breite potentielle Anhängerschaft vermutete und wo die Partei sich selbst einen Stimmenanteil von 18 bis 20 Prozent voraussagte, brachte sogar eine gewisse Zäsur, da sie die kritischen 5 Prozent nur knapp übersprang. Aber die erste Annäherung an die 10%-Grenze in Baden-Württemberg schreckte auch jene, die bis dahin der NPD kaum langfristige Erfolge zutrauten. Dieser bisher letzte und größte Erfolg machte auch deswegen aufhorchen, weil die Wahl zu einem Zeitpunkt stattfand, als die wirtschaftliche Rezession bereits überwunden war, und weil auf Grund dieser Wahlen die NPD nicht mehr vornehmlich zu einer Partei der wirtschaftlich Unzufriedenen und zu einer Agrar- und Flüchtlingspartei abgestempelt werden konnte. Zwar waren die größten Erfolge in agrarischen Gebieten zu verzeichnen, doch gelangen auch Einbrüche nicht nur in die städtischen Bürgerschichten, sondern auch in die *Industriearbeiterschaft*. So lag der Anteil der NPD in Heidelberg über dem Landesdurchschnitt bei 11,4 Prozent und im traditionell „roten“ Mannheim, nach Stuttgart die industriereichste Stadt Baden-Württembergs, ebenfalls zwischen 11 und 12 Prozent. Die hohen Verluste der SPD (8,3%) bei diesen Landtagswahlen, die nur zum geringeren Teil durch Abwanderung zu linken Splittergruppen (2,6%) verursacht waren, machte zum erstenmal auch eine gewisse Anfälligkeit *sozialdemokratischer* Wählerschichten für rechte Protestparolen sichtbar. Die sich häufenden Studentenunruhen an den Universitäten und der Ärger über die große Koalition waren Ursachen des rechtsradikalen Wählerzuwachses, erklärten aber den Vorgang nicht vollends (vgl. „Stuttgarter Zeitung“ vom 30. 4. 68).

Seit diesem Spitzenerfolg ist die Bewegung allerdings rückläufig. In Gebieten, wo seither Kommunalwahlen stattgefunden haben, ist die Anhängerschaft der NPD im Vergleich zu den Ergebnissen bei den vorgenannten Landtagswahlen *empfindlich* zurückgefallen. Dies gilt bereits für die Gemeindewahlen in Hessen, im Saarland und in Baden-Württemberg im Oktober 1968, wo sie jeweils Verluste in Kauf nehmen mußte, in Hessen und im Saarland die 5%-Grenze mit 5,2% nur knapp überschritt und in Baden-Württemberg mit 3,7% weit darunter blieb („Archiv der Gegenwart“ 1968, 14266 B). Die letzten regionalen Wahlen, die einigen Aufschluß geben, aber kaum als Test für die Bundestagswahlen anzusehen sind, die Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz vom Juni dieses Jahres, wurden zunächst vom Großteil der Presse unbesehen als weiterer Erfolg der NPD gebucht, bis sich dann bei näherer Betrachtung die Fehlrechnung herausstellte. Es gab in einzelnen Kreisen Durchschnittswerte von 14 bis 15 Prozent. Des sichereren optischen Effektes

wegen hatte die Partei aber nur in den 10 Kreisen Kandidaten aufgestellt, wo sie bei den Landtagswahlen 1967 mehr als 10 Prozent erreicht hatte. In diesen Kreisen hatte sie zwar bloß einen Verlust von 0,8 Prozent zu verzeichnen. Bei denselben Minuswerten in den anderen Kreisen hätte sie die Fünfprozentgrenze aber kaum überschritten. Nach der letzten bekanntgewordenen Allensbacher Umfrage von Anfang Juli werden der NPD für die nächste Bundestagswahl am 28. September nicht mehr als 2 Prozent (nach anderen Umfragen 3,5% bis 4%) vorausgesagt (vgl. „Der Spiegel“, 28. 7. 69, S. 25).

Die potentielle Wählerschaft

Vergleicht man die Resultate der Landtagswahlen der letzten Jahre, die zahlreichen demoskopischen und wahlsoziologischen Untersuchungen von 1966 bis 1968 und diese letzte überraschende Prognose für die Bundestagswahl im Herbst miteinander, so ergeben sie alles eher als ein geschlossenes Bild. Zunächst sind einmal die schwer kalkulierbaren Unterschiede zwischen Gemeinde-, Landtags- und Bundestagswahlen zu bedenken. Z. B. wäre auf Gemeindeebene der Einfluß der Freien Wählergemeinschaften auf das Abschneiden der NPD wie radikaler Parteien überhaupt zu untersuchen. Aber selbst wenn man die *abbröckelnde Tendenz* bei den letzten Gemeindewahlen als Indiz nehmen würde, so war diese Tendenz dennoch zu schwach ausgeprägt, um den großen Rückfall, wie ihn die Allensbacher Umfrage nahelegt, plausibel zu machen. Dazu wich auch die Gesamtprognose dieser Umfrage von Umfrageergebnissen anderer Institute zu weit ab. Zudem wird von verschiedenen Wahlsoziologen der Einwand erhoben, je näher eine Partei nach amtlicher Darstellung und in der öffentlichen Meinung an den Rand der Legalität gerate, um so stärker würden auch die Hemmungen, sich zu ihr zu bekennen. Dem widerspricht allerdings die Tatsache, daß das Ergebnis der Landtagswahlen in Baden-Württemberg bis auf die Dezimalen fast genau (bei 10%) prognostiziert wurde. Jedenfalls lassen die Repräsentativumfragen desselben Allensbacher Instituts vom Spätherbst 1966 und Frühjahr 1968 den Schluß der letzten Prognose kaum zu. Danach ergibt sich folgendes regional gestreutes Bild der *NPD-Anhängerschaft* (hier zitiert nach *H. Maier/H. Bott*, NPD. Struktur und Ideologie einer „nationalen Rechtspartei“, Piper, München 1968, S. 12):

	NPD-Anhänger		Erwachsene Bevölkerung der BRD
	1. Terial 1968	Nov./Dez. 1966	
Berlin	1%	1%	4%
Hamburg und Bremen	5%	7%	4%
Schleswig-Holstein	3%	6%	4%
Niedersachsen	14%	13%	12%
Nordrhein-Westfalen	23%	10%	28%
Hessen	8%	9%	9%
Rheinland-Pfalz u. Saar	11%	8%	8%
Baden-Württemberg	18%	17%	14%
Bayern	17%	29%	17%

Aus dieser Tabelle ergibt sich zunächst eindeutig, daß das rechtsradikale Wählerpotential *relativ groß* ist und in einigen Bundesländern die bisherigen Wahlergebnisse weit übersteigt, also die mögliche effektive Wählerschaft der NPD noch steigerungsfähig ist. Zu bezweifeln ist allerdings, ob die Kriterien der Umfrage nicht zu weit gefaßt waren („... alle Wähler, die unter Umständen ein-

mal bereit wären, die Partei zu wählen“). Zum Vergleich eine Umfrage des Infas-Instituts vom März 1967, die im Bundesdurchschnitt eine NPD-Anhängerschaft von 9% der erwachsenen Bevölkerung bei nur geringfügigen regionalen Abweichungen (Hessen und Baden-Württemberg 10%) ergab. Prof. E. Scheuch, Köln, hat bereits 1966 in einer Untersuchung die potentielle NPD-Anhängerschaft wesentlich höher errechnet, nämlich 15% im Bundesdurchschnitt („Kommt eine Welle von rechts?“, „Süddeutsche Zeitung“, 1. 5. 66). Allerdings wurde auch sein Verfahren von verschiedener Seite angezweifelt (vgl. dazu Prof. K. D. Bracher, in: *Kl. Liepelt - A. Mitscherlich*, Thesen zur Wählerfluktuation, Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt a. M. 1968, S. 124). In der Grandskala, an Hand der Scheuch die 15% NPD-Sympathisanten ermittelte, befand sich beispielsweise auch die Frage, ob man dafür sei, daß die Partei auch einmal im Parlament vertreten sein solle. Diese Frage läßt gewiß noch lange nicht den Schluß zu, daß der, welcher sie bejaht, bereit wäre, die Partei auch selbst zu wählen. Auf jeden Fall zeigt sich, daß die jeweiligen Umfrageergebnisse, da sie doch zwischen 9 und 15 Prozent variieren, höchstens Annäherungswerte liefern, die prognostisch mit Vorsicht zu gebrauchen sind.

Starke Fluktuation

Eines der auffälligsten Umfrageergebnisse ist der Aufweis äußerst starker Fluktuation der Anhängerschaft: In Schleswig-Holstein ging der Anteil der potentiellen NPD-Anhänger von 6 Prozent im Spätherbst 1966 auf 3 Prozent im Frühjahr 1968 zurück, in Bayern sank er im gleichen Zeitraum von 29 auf 17 Prozent; hingegen stieg er in Nordrhein-Westfalen im gleichen Zeitraum von 10 auf 23 Prozent. (Bei den Gemeindewahlen in Hamm und im Landpreis Unna im März 1968, den bisher einzigen Wahlen innerhalb Nordrhein-Westfalens, bei denen die Partei kandidierte, lag der Anteil der NPD allerdings nur bei 5,9 bzw. 4,8 Prozent. Auch wenn man daraus kaum auf einen besonders geringen Grad von NPD-Anfälligkeit im Lande schließen kann, so fällt immerhin auf, daß diese Kommunalwahlen gerade zur Umfragezeit der Allensbacher Untersuchung stattfand. Daran wie aus einem Gesamtvergleich des Umfrageergebnisses vom Frühjahr 1968 mit den Landtags-Wahlergebnissen von 1967 und 1968 kann man doch wohl ablesen, daß zwischen den angegebenen Durchschnittszahlen potentieller NPD-Anhänger und den Gewinnanteilen bei den Wahlen ein erheblicher Abstand besteht. Die Fluktuation ist zudem so stark, daß sich das Gesamtbild offenbar von Monat zu Monat ändert. Generell, so schließt Maier (vgl. Maier-Bott, a. a. O., S. 11) aus den verschiedenen Untersuchungsergebnissen, lasse sich eine starke Schrumpfung der Anhängerschaft jeweils nach Wahlen feststellen, da die NPD (wohl stärker als die anderen Parteien und auf Grund ihrer wenig nachweisbaren politischen Aktivität) zu einer Massierung der Propaganda in politisch ergiebigen Zeiten und Regionen neige.

Die hier festgestellten starken Fluktuationerscheinungen dürften auch in wesentlichen Zügen die These Mitscherlichs bestätigen, daß es sich bei der NPD vornehmlich um die Massierung frei flottierender Aggressivität handle. Diese frei flottierende Aggressivität könne allerdings zu einer gefährlichen politischen Potenz anwachsen, wenn sie auf Grund besonderer politischer Umstände an ideologi-

schon Gehalten artikuliert werden könne (vgl. Liepelt-Mitscherlich, a. a. O., S. 127). Hält man sich aber zunächst an das wahlsoziologisch und demoskopisch nachweisbare Potential, so wird man auf jeden Fall der Feststellung der NPD-Denkschrift der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach (im folgenden = KSZ-Denkschrift) zustimmen müssen, daß sich die potentielle NPD-Wählermasse in der Bundesrepublik (auch wenn man die von Scheuch ermittelte Höchstprozentzahl annimmt) sich immer noch innerhalb des durchschnittlichen „rechtsorientierten“ Wählerpotentials in den meisten Industrienationen (10 bis 15 Prozent) bewege (vgl. KSZ-Denkschrift, S. 68). Dieser Vergleich dürfte sogar dann gelten, wenn dieses Potential infolge andersgelagerter Parteienkonstellationen sich nicht in meßbaren Prozentzahlen (z. B. in Frankreich durch den Gaullismus) niederschlägt. Wie der Achtungserfolg von Exgouverneur G. C. Wallace (13,2%) bei den amerikanischen Präsidentschaftswahlen zeigt, artikuliert sich dieses Potential gegenwärtig unter rassistischen Vorzeichen sogar im angelsächsischen Raum neu. Daß die NPD dieses Potential auch ausschöpfen könne, dürfte aber, schwere Krisenzeiten ausgeschlossen, auch auf lange Sicht zweifelhaft bleiben. Infolge der besonderen Nähe der NPD zum Gedankengut des Dritten Reiches bleibt aber ein solch internationaler Vergleich, wenn man ihn nicht auf das Wählerpotential beschränkt, sondern auf die ideologische Infrastruktur der Partei ausdehnen würde, äußerst zwiespältig.

Die Sozialstruktur der NPD-Wählerschaft

Der relativ starken Fluktuation der NPD-Anhängerschaft, die sie eher als konjunkturbedingte Protestpartei im Sinne flottierender Aggressivität ohne große Chancen einer Dauerstabilisierung erscheinen lassen könnte, steht ein anderes Phänomen gegenüber, das zur Gesamtbeurteilung des Phänomens NPD wenigstens dieselbe Aufmerksamkeit verdient: die sehr ausgeglichene Alters- und Sozialstruktur der NPD-Anhänger. Wenn nicht alles täuscht, muß man sich davon eine langfristig stabilisierende Wirkung erwarten. Auf jeden Fall wird man sich hüten, die Chancen der Partei unterschätzend, sie auf allzu einfache Klischees, wie Partei der Unverbesserlichen, der Bindungslosen usw. festzulegen (vgl. H. Ruhnau, Der Erfolg der NPD und ihre Krise, in: *Fr. Duve*, Die Restauration entläßt ihre Kinder, *rororo* 990, S. 22 ff.), und die möglicherweise langfristig tragenden Momente zu unterschätzen. Ruhnau geht noch von der Feststellung aus, die junge Generation sei unter der NPD-Wählerschaft schwach vertreten. Aber die Anhängerschaft hat sich seit 1965 wesentlich verjüngt. 1965 (also ein knappes Jahr nach der Parteigründung) betrug das Durchschnittsalter der Mitglieder 50 Jahre, 1966 sank es bereits auf 43. Eine Untersuchung aus dem Jahre 1966 zeigt folgende Altersschichtung (zit. nach Ruhnau, a. a. O., S. 21):

Altersgruppen	Anteil der NPD-Mitglieder	Anteil an der Bevölkerung
16- bis 30jährige	22%	28%
31- bis 45jährige	27%	25%
46- bis 60jährige	29%	27%
61 Jahre und älter	22%	20%

Nach einer Aufstellung von 1967 gehörten von 100 NPD-Wählern 14 der Altersgruppe der 21- bis 30jährigen an (gegenüber 16 von 100 Wählern der übrigen Parteien)

und 34 von 100 der Altersgruppe der 45- bis 60jährigen (gegenüber 28 von 100 der Gesamtbevölkerung). Für 1968 ergab sich nach der zitierten Allensbacher Umfrage folgende Altersschichtung der NPD-Anhänger: 16- bis 29jährige 26 % (gegenüber dem Anteil an der Gesamtbevölkerung von 27 %); 30- bis 44jährige 28 % (Gesamtbevölkerung 26 %); 45- bis 59jährige 30 % (Gesamtbevölkerung 24 %); über 60 Jahre 16 % (Gesamtbevölkerung 23 %). Diese Aufstellung zeigt, daß von einer Überalterung der Partei nicht mehr die Rede sein kann: Während sich die mittleren Jahrgänge äußerst stabil verhalten (von 1966 bis 1968 fast gleichgeblieben) und der Anteil der über 60jährigen auffallend zurückgegangen ist, ist der Anteil der Jüngeren rascher gewachsen als der der anderen Altersstufen, auch wenn die Jugend immer noch leicht unterrepräsentiert erscheint und abzuwarten ist, wie lange dieser Anstieg noch anhält. Noch proportionaler sieht die soziale Schichtung der NPD-Anhängerschaft aus:

	NPD-Anhänger		Erwachsene Bevölkerung der BRD
	1. Tertial 1968	Nov./Dez. 1966	
Oberschicht und gehobener Mittelstand	22 %	26 %	20 %
Breite Mittelschicht, Büroberufe	22 %	19 %	24 %
Breite Mittelschicht, handarbeitende Berufe	45 %	45 %	44 %
Einfachste soziale Schicht	11 %	10 %	12 %

Es gibt also nur ein äußerst geringes Gefälle zwischen den Angehörigen der vertikal gegliederten sozialen Schichten. Diese Aufstellung bestätigt im wesentlichen das Urteil der KSZ-Denkschrift: „Wie keiner anderen Partei ist es der NPD gelungen, sich zur ‚Volkspartei‘ zu entwickeln, d. h. in den einzelnen Schichten entsprechend ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung Anhänger zu gewinnen.“ Maier spricht von einer *Volkspartei in nuce*. Am auffallendsten ist der relativ große Überhang bei der Oberschicht und beim gehobenen Mittelstand. Allerdings scheint hier auch die Fluktuation am größten zu sein, die man wohl als eine merkliche und kontinuierliche Abnahme bei gleichzeitigem Einpendeln auf die breite Mittelschicht interpretieren muß. Im übrigen ist der Überhang der Oberschicht bedingt durch seine Überpräsenz der *freien Berufe* bei auffallender Unterrepräsentanz der *Beamten-schaft*. Diese Anhängerstruktur prägt auch die organisatorische Struktur der Partei und ihre politische Zielrichtung: „Der Funktionsapparat und damit das innerparteiliche Leben wird von Angehörigen des Mittelstandes beherrscht“ (KSZ-Denkschrift, S. 72). Der Überrepräsentanz des gehobenen Mittelstandes entspricht auch eine bemerkenswerte „günstige“ Bildungsstruktur der NPD-Anhängerschaft. Mit dieser Schichtung der NPD-Anhänger korrespondiert auch ihre parteiliche Herkunft: „Die Freunde der NPD sind bei früheren CDU- und SPD-Wählern ungefähr gleich stark“ (Maier, a. a. O., S. 15). Dies bestätigt die besonders in großen Städten gemachte Beobachtung, „daß die SPD, im Begriffe, zur Volkspartei zu werden, heute bereits auf die Grenzen ihrer Ausdehnungsfähigkeit stößt und daß ihr stark erweitertes Wählerreservoir bereits wieder für rechtsradikale Beeinflussung anfällig zu werden beginnt“. Gerade diese Strömung dürfte in bezug auf die NPD aber besonders stark von *Protestwählern* und Sicherheitsbedürftigen verschiederer Tendenz mitverursacht sein. Diese Tendenz be-

stätigt wohl auch die These von Ruhau, daß die Angehörigen des selbständigen Mittelstandes und die Arbeiter in Krisenzeiten am anfälligsten sind (a. a. O., S. 25). Im ganzen aber dürfte die Erosionsgefahr bei der CDU und besonders bei der FDP infolge ihrer versuchten, bei der Kandidatenwahl zum nächsten Bundestag wieder gebremsten Linksbewegung stärker sein.

Die Berufs- und Konfessionsstruktur

Die Berufsstruktur der NPD-Anhänger bietet ein ähnlich ausgeglichenes Bild. Anfängliche Disproportionen scheinen sich auch hier einzupendeln.

	NPD-Anhänger		Erwachsene Bevölkerung der BRD
	1. Tertial 1968	Nov./Dez. 1966	
Arbeiter	48 %	50 %	49 %
Landwirte	12 %	13 %	9 %
Angestellte	24 %	16 %	23 %
Beamte	6 %	7 %	7 %
Selbst. Geschäftsleute	8 %	13 %	11 %
Freie Berufe	2 %	1 %	1 %

Die Tabelle gibt besonders zwei Hinweise: auf den in leichtem Rückgang befindlichen Überhang der Landwirte und auf die starke Fluktuation bei der Gruppe Geschäftsleute. Ob die rückläufige Tendenz bei den Bauern nach verstärkter NPD-Propaganda auf dem Lande bei der kurzfristig nicht zu lösenden Strukturkrise der Landwirtschaft anhält, ist fraglich. (Nach der Allensbacher Wahlprognose läge der Anteil der Bauern beim Gesamtdurchschnitt von zwei Prozent knapp über fünf Prozent. Doch lassen die bisherigen Umfragen weder einen starken Überhang an Landwirten noch an Heimatvertriebenen erkennen.) Der rückläufige Anteil der selbständigen Geschäftsleute bestätigt einen Faktor, nicht unbedingt eine Tendenz: die wirtschaftliche Rezession als Förderstufe der NPD.

Zwei Besonderheiten der NPD-Anhängerschaft sind nicht zu übersehen: das *Übergewicht der Männer* und in sich mildernde Form der *Protestanten*. Die Allensbacher Umfrage ergab 1966: 76 % Männer, 24 % Frauen; 1968: 68 % Männer und 32 % Frauen. Die Angaben der verschiedenen Untersuchungen über Anhänger und Mitglieder schwanken zwar beträchtlich. Aber das eklatante Übergewicht ist unbestritten. Fast ebenso auffallend ist das konfessionelle Gefälle allerdings mit fortschreitender ausgeglichener Tendenz. 1967 waren von potentiellen Anhängern 63 % *Protestanten* und nur 28 % *Katholiken*, aber bereits 1968 verschoben sich die Anteile auf 53 % bzw. 37 %. Unter den tatsächlichen Wählern ist nach einer Untersuchung von Prof. Scheuch von 1968 der Anteil der Katholiken allerdings weiterhin gering: Danach sind von 100 NPD-Wählern 80 % Protestanten und nur 17 % Katholiken. Nach der Allensbacher Prognose zur Bundestagswahl wählen von den Protestanten 4 % NPD, bei den Katholiken 1 %. Zwei nicht streng konfessionell meßbare Faktoren bestimmen offenbar diesen Unterschied: 1. Je höher der Grad der Kirchenzugehörigkeit, desto geringer ist die NPD-Neigung. Die praktizierenden Protestanten erweisen sich offenbar als weniger anfällig als Protestanten oder Katholiken mit geringer kirchlicher Bindung. Die unterschiedlich manifeste kirchliche Bindung bei Protestanten und Katholiken ist deshalb eine der Ursachen. Die Gruppe der *Konfessionslosen* unter den

NPD-Anhängern ist unverhältnismäßig hoch. „Während von je 100 erwachsenen Bewohnern der Bundesrepublik nur fünf nicht den großen Religionsgemeinschaften angehören, ist die entsprechende Quote bei der NPD nahezu doppelt so groß (E. P. Neumann, Steckbrief einer radikalen Partei, „Die Zeit“, 20. 1. 67). Diese Aussage gilt auch jetzt noch. 2. Je stärker die sozial-organisatorische Bindung, um so geringer ist der Anteil der NPD-Anhänger. Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter neigen weniger zur NPD als Nichtorganisierte. Wo Bindungen an Großorganisationen und Kirchlichkeit zusammentreffen, ergibt sich ein auffallender *Resistenzeffekt*: „Besonders immun gegen NPD-Tendenzen erweist sich eine kleine Gruppe von 2,5 Millionen Wahlberechtigten, die sowohl katholisch wie gewerkschaftlich gebunden sind. Hier, wo sich die sozialen Kreise überschneiden, halten sich die beiden großen Parteien (45 % SPD und 44 % CDU) die Waage, und das NPD-Potential beträgt nur sieben Prozent“ (KSZ-Denkschrift, S. 72). Dieses Ergebnis fußt auf einer Infas-Untersuchung im Winter 1966/67 (vgl. dazu Kl. Liepelt, Anhänger der neuen Rechtspartei, „Politische Vierteljahresschrift“, 1967, S. 247).

Rechtsradikal oder neonazistisch?

Will man diese im Wahlkampf immer wieder taktisch und deswegen notwendig schief gestellte Frage beantworten, wird man vor allem ein Dreifaches zu bedenken haben: die *Herkunft* der Partei, die zu einem guten Teil auch die Voraussetzungen ihres bisherigen Erfolges und zugleich seine Grenzen erklären hilft; ihre *Führerschaft* und ihre politische Taktik; schließlich ihren *ideologischen Unterbau*. M. Dogan, Paris, unterschied (in dem schon einmal zitierten Bericht über eine Arbeitstagung des Infas-Instituts im Juli 1966, Thesen zur Wählerfluktuation . . ., S. 121) *zwei Typen* von Rechtsparteien: Ideologie- und Protestparteien. Soll aber eine solche Partei von einiger Konsistenz sein, müssen wohl beide Typen in ein und derselben Partei ineinandergreifen: eine feste, auf eine längere Tradition zurückgreifende *Stammwählerschaft* und eine durch besondere Umstände *begünstigte Konjunktur* müssen zusammentreffen. Es muß eine „verhältnismäßig feste Gruppe“ geben, „die immer dann, wenn eine Chance besteht, mit einiger Aussicht auf Erfolg einer solchen Partei anzugehören oder für sie zu stimmen, sich zu ihr bekennen wird, unabhängig von den Argumenten in der Öffentlichkeit . . .“ (Bracher, in: Thesen zur Wählerfluktuation, S. 123). Einer solchen Situation verdankte die NPD ohne Zweifel ihre bisherigen Erfolge.

Zwei Potentiale, das zeigen fast alle bisherigen Untersuchungen, bildeten die *Festgruppe*: die Stammwählerschaft der verschiedenen, nach und nach dem Trend zum Zweiparteiensystem zum Opfer gefallenen *Rechtsparteien* (DP, BHE) und *rechtsradikaler* Splitterparteien (SRP, DRP) und ein (sehr begrenztes) Reservoir von ständigen Nichtwählern, die in den bestehenden Parteien ihren Ort nicht fanden und die ideologisch rechtsradikal prädisponiert waren. Die besondere Situation der Anfangsjahre, die die NPD nun hinter sich hat, war eine Phase der europäischen Desillusionierung mit wachsender Anfälligkeit für altnationale Parolen im Gefolge. In ihr stieg die wirtschaftliche Unsicherheit besonders in den mittelständischen Schichten und in Teilen der Arbeiterschaft. Die Strukturkrise der Landwirtschaft spitzte sich zu, ebenfalls die Studentenrebellion, die viele, gerade Angehörige des

mittleren Bürgertums schreckte. Schließlich setzte die Große Koalition Randgruppen mit schwacher Wahlbindung frei. Alle diese Vorgänge ergaben ein genügend breites Spektrum von Förderfaktoren, die nicht nur die Fusion rechtsradikaler Restbestände aus früheren Splitterparteien ermöglichte, sondern auf breiter sozialer Basis einen *schichtenmäßig* gut gestreuten *Überschußeffekt* erzielte. Dadurch erklären sich nicht nur die bisherigen Erfolge zu einem guten Teil, sondern auch die relativ proportionale Schichtung der Wähler und Anhänger, die Voraussetzung für eine breitere Resonanz war.

Um eine solche Fusionspartei in Bewegung zu setzen, bedurfte es eines hinreichend aktivierbaren Kaderkerns. Dieser fand sich zu einem großen Teil in den ehemaligen Funktionären der DRP, deren Vorsitzender bis zur ihrer Auflösung 1964 der heutige NPD-Vorsitzende A. v. Thadden war. L. Niedhammer beschreibt sehr präzise den weiteren Prozeß: „Die Organisation wurde hauptsächlich von der DRP getragen. Die Fusion sollte die kleinen Parteiführungen vor den endgültigen Mißerfolgen bewahren. Der Fusionscharakter der NPD wurde durch ihre Wahlerfolge überwunden. Im ersten Schritt verdrängten DRP-Funktionäre die Repräsentanten der anderen Fusionspartner. Im zweiten Schritt strömten bisher Nichtorganisierte in das Funktionärskorps ein und konnten wegen des akuten Mangels an ‚vorzeigbaren Leuten‘ in der schnellen Expansion der Partei wichtige Positionen besetzen“ (Angepaßter Faschismus. Politische Praxis der NPD, S. Fischer, Frankfurt 1969, S. 262). Demgemäß herrschen in den *inneren Parteikadern* und in den Propagandamedien (z. B. in den „Deutschen Nachrichten“) die Repräsentanten mit DRP- und NSDAP-Vergangenheit vor, während sich unter den *politischen Mandatsträgern* mehr nichtorganisierte Pragmatiker breitmachen (vgl. dazu den „personalpolitischen“ Anhang, das „Who is Who in der NPD“ bei Niedhammer, S. 273 ff.). Auf diese Weise bleibt die Partei ein „Provisorium“ ohne prägende ideologische Kohärenz (Maier), ein Gespann von „postfaschistischen“ Ideologen und „neofaschistischen“ radikalen Pragmatikern (Niedhammer). Programm und Wahlplattform bleiben so notwendig ein Gemisch von Allgemeinheiten und Kompromissen ohne klare Konturen, während in den Kadern und noch stärker in den Propagandamedien das nazistische Gedankengut vorherrscht und mehr oder weniger verhüllt feilgeboten wird.

Der ideologische Unterbau

Ähnlich *inhomogen*, aber als in ein totalitäres politisches Weltbild *integrierbar* erweist sich der ideologische Unterbau der Partei. Man könnte drei Schichten unterscheiden: als unterste und breiteste Schicht das ausgeprägte und weit über die NPD-Anhängerschaft hinausreichende autoritäre Ordnungsdenken mit reaktionärer politischer Tendenz: von der undifferenzierten Klage über öffentlichen Sittenverfall, über Staatsvergessenheit bis zur Befürwortung polizeistaatlicher Methoden; als nächste darauf aufbauende, in der Reichweite aber schon begrenztere Schicht: ein im Grunde *vordemokratisches* Gesellschaftsbild mit ausgeprägten „antipluralistischen“ und ständischen Zügen auf der Basis eines dem Individuum gegenüber absolut gesetzten Staates, verbunden mit einer unverkennbaren Sehnsucht nach vorindustriellen Gesellschaftsformen: die Verherrlichung des Soldatischen und des „Nährstandes“ gehören ebenso hierher wie die Betonung

einer patriarchalisch-autoritären Wirtschaftsordnung und (auf dieser Stufe wohl der entscheidende Faktor) das Verhaftetsein an eine „positivistisch-dezisionistische“ *Staatsauffassung*, in der *vorstaatliche Rechte* des Individuums keinen Platz haben, und nach der trotz des Bekenntnisses zur rechtsstaatlichen Grundordnung der Staat als *alleiniger Rechtsschöpfer* und als „überindividuelle Lebenseinheit“ erscheint.

Zeigt die NPD-Ideologie auf dieser Stufe, wie die KSZ-Denkschrift sehr präzise herausarbeitet, noch eine engere Verwandtschaft mit der im Grunde ebenfalls vordemokratische Rechts- und Staatsauffassung der Weimarer und der Kaiserzeit, so kommt sie auf der letzten Stufe mit einer fast nicht mehr überbietbaren *Hypostasierung der Nation* und des Nationalen mit ihrem rassistischen Hintergrund schon in die unmittelbare Nähe des Nationalsozialismus, sofern sich auf dieser Stufe nicht überhaupt klare Identitäten ergeben. Die Begriffsspaltung zwischen Chauvinismus und Nationalismus im „Politischen Lexikon der NPD“ ist dafür bezeichnend. Nationalismus wird da verstanden als „Ausdruck und Bekenntnis des Nationalbewußtseins“, durch das ein Volk erst zur Nation wird. Seine Übersteigerung zum Chauvinismus wurde danach erst nach dem Ersten und besonders nach dem Zweiten Weltkrieg auf Grund des „angeblich ‚schuldigen‘ Deutschland hineingedeutet“.

Vollends zum Zuge kommt der hypostasierte Nationbegriff in einem höchstens vorindustriell realisierbaren wirtschaftlichen und politischen Autarkiedenken. Eine nur „makellose“ Darstellung der eigenen nationalen Geschichte bei offener oder latenter Verharmlosung der negativen Momente einschließlich der Verbrechen im Dritten Reich ist für die NPD selbstverständlich. Das offene Bekenntnis zum *Antisemitismus* wird zwar vermieden, häufig aber auch nur in andere Formen des *Fremdenhasses* (Beispiele: Gastarbeiter, Entwicklungsländer) abgedrängt (vgl. dazu die Studie von *H. Bott*, *Die Volksfeind-Ideologie*. Zur Kritik rechtsradikaler Propaganda, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1969, bes. S. 91 ff.).

Schließlich erfährt das Nationale als „das Ganze“ und als der oberste außen- und innenpolitische Bezugspunkt seine „braune“ Abrundung durch einen „pseudowissenschaftlichen Rassismus“ (*Maier*), der seine Herkunft durch sein erbbiologisches und „biopolitisches“ Vokabular mehr als einmal verrät. Wenn auch die politische Relevanz der Rassenideologie von den verschiedenen Autoren verschieden eingeschätzt wird („Kern“ oder mitbestimmender „Hintergrund“), so scheint die KSZ-Denkschrift zu untertreiben, wenn sie meint, der neue Rechtsradikalismus sei nicht rassistisch orientiert. Wie immer man das rassistische Moment einschätzt — nach *Maier* „ein Aufguß der deutschvölkischen und nationalsozialistischen Rassen doktrin, die nur mühsam von ihren größten Auswüchsen gereinigt wurde“ —, die Frage, wieweit sich die NPD zu einer Erbwalterin des Nationalsozialismus oder zur bloß rechtsradikalen Partei entwickelt, wird davon abhängen, wieweit durch Propaganda und Indoktrinierung Elemente der ideologischen Spitze in die unteren Geschosse der Pyramide durchsickern oder wieweit die Partei diese zurückhält und den Propagandastil mehr auf die unteren ideologischen Schichten einstellt. Dies scheint im Wahlkampf zum Teil der Fall zu sein. Wobei die Übergänge zwischen Taktik und „Bekenntnis“ fließend bleiben. Grundsätzlich sind dadurch drei Entwicklungsmöglichkeiten gegeben: sukzessive Wandlung von einer

„neonazistischen“ zu einer autoritären, vordemokratischen Ordnungspartei; sukzessive Stärkung des „braunen“ Elements bei weiterer Konsolidierung der Anhängerschaft, schließlich die Abspaltung einer nazistischen Splittergruppe im engeren Sinne, was sehr bald zum selbstgesetzten Ende führen würde. Einer Wandlung des deutschen Rechtsradikalismus zu einer bloß konservativ-autoritären Ordnungspartei scheint vorläufig die NS-Vergangenheit noch im Wege zu stehen. Schwimmt man einmal auf der nationalistisch-völkischen Welle, entsteht da offensichtlich ein gewisser Identifizierungs- oder wenigstens Rechtfertigungszwang.

Verbot oder politische Auseinandersetzung?

Im April 1969 hatte das Kabinett über die Frage eines NPD-Verbotes beraten. Obwohl nach Aussage des Bundesinnenministers das Material für einen *Verbotsantrag* reicht, folgte das Kabinett nicht wiederholt vorgebrachter Verbotsforderungen. Neben *juristischen* Bedenken, der Ungewißheit über die mögliche Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, hatte man auch *politische* Einwände, weil ein Verbot Regierung und Parlament zwar des Übels einer rechtsradikalen Partei mit neonazistischer Ideologie entledigte, aber die Ursachen ihres Anstiegens nicht beseitigen würde. Seither ist sowohl bei den politischen Parteien wie in der Presse die Abneigung gegen ein Verbot gewachsen. Dennoch tauchen Verbotsforderungen immer wieder auf, seit den ersten Zusammenstößen zwischen Demonstranten und parapolizeilich ausgerüsteten Ordnern der Partei in Frankfurt Anfang August wieder verstärkt. Ob die ständige Verbotsdrohung mehr Sympathisanten von der NPD abhält oder ihr noch mehr Protestwähler zutreibt, ist schwer zu beurteilen. Auf jeden Fall bietet heute ein Verbot schon wegen der Zulassung der DKP *keine ernst zu nehmende Alternative* mehr, auch nicht mit der Begründung, die Partei bringe die Bundesrepublik im Ausland in Mißkredit. Der ständige schiele Blick auf das Ausland wirkt ohnehin wenig überzeugend, weil dadurch der Verdacht genährt wird, man habe es nach innen mit der Selbstreinigung von NS-Überresten doch nicht so eilig.

So bleiben nur *politische Lösungen*: die erste besteht in der Einführung eines *mehrheitsbildenden Wahlrechts*, das zwar die kleinen Parteien nicht in ihrer Existenz bedroht, aber doch klare parlamentarische Mehrheiten sichert und die großen Parteien dennoch vor zu starker Unterwanderung durch rechtsradikale Elemente schützt; die andere besteht in der *politischen Aufklärung* des NPD-Wählerpotentials über die ideologische Infrastruktur der Partei und deren möglichen innenpolitischen Folgen. Solche politische Aufklärung, wie sie etwa die von Freiburg ausgegangene „Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie“ als überparteiliche Gruppierung vor allem durch *Aufdeckung des demagogischen Gehalts* der NPD-Propaganda in den Wahlversammlungen betreibt, müßte sich wohl vor allem des politischen Gedankengutes annehmen, über das eine Auseinandersetzung sich lohnt und dessen legitime Gehalte von der NPD-Propaganda gerade verstellt werden. Die KSZ-Denkschrift nennt unter den Gegenständen politischer NPD-Auseinandersetzung die notwendige Erläuterung und Klärung eines „*legitimen Nationalbewußtseins*“, die durch die Entwicklung der Nachkriegszeit mehr verstellt und behindert als gefördert wurde. Tatsächlich scheint die Aufarbeitung dieses „nationalen“ Sub-

strats unter Einbeziehung der Perversion des Nationalen durch das Dritte Reich und unter Einschluß der negativen Aspekte der eigenen Vergangenheit mit dem Ziel eines geläuterten deutschen Eigenbewußtseins im Rahmen einer realpolitisch erstrebten europäischen Integration gegenwärtig ein dringendes Anliegen zu sein, soll die erklärliche nationale Verdrängung der ersten Nachkriegsjahrzehnte nicht von neuem in nationalistische Emotionen umschlagen. Die Ansammlung „nationaler Reizwörter“ (Maier) mit biedermännischem Eigenlob über den wirtschaftlichen Wiederaufstieg der Bundesrepublik, wie sie sich gegenwärtig in der Wahlpropaganda besonders der Unionsparteien (aber nicht nur dort) niederschlagen, in der verständlichen Absicht, desorientierten Wählerschich-

ten von rechts die Selbstbestätigung zu erleichtern und der NPD-Propaganda Wind aus den Segeln zu nehmen, führt aber wohl kaum zu einem solchen Ziel. Straßendemonstrationen am Rande der Legalität, in deren Sog da und dort zunehmend auch die „Bürgeraktion...“ gerät, natürlich noch weniger. Wahlkampfzeiten mit ihrem Zug zu radikaler Vereinfachung scheinen da wohl überhaupt nicht zum Ziele zu führen. So bleibt die ideologisch-politische Auseinandersetzung mit dem Rechtsradikalismus, soweit er als Ferment breitere Wirkungen hat, als sie im Stimmenanteil der NPD aufscheinen, nicht zuletzt eine Aufgabe der politischen Bildung über Bildungsinstitutionen und über die Massenmedien als deren „kritische“ Multiplikatoren.

Kurzinformationen

Am 5. August 1969 veröffentlichte die römische Liturgie-kongregation mit dem Dekret „Ordo Lectionum Missae“ eine Neuordnung der Meßlesungen (vgl. „Osservatore Romano“, 6. 8. 69). Sie stellt einen weiteren Schritt in der Verwirklichung der neuen Meßordnung dar, die der Papst mit der Promulgation der Apostolischen Konstitution „Ordo Missae“ vom 3. April 1969 eingeleitet und im Juni dieses Jahres durch die Zulassung dreier neuer eucharistischer Hochgebete fortgeführt hatte. Sie ist ein Teil der allgemeinen Liturgiereform, in deren Rahmen dieses Jahr darüber hinaus ein neuer Eheschließungsritus, ein neuer liturgischer Kalender (Mai) sowie ein neuer Kindertaufritus (Juni) eingeführt wurden. 1964 wurde zur Aufstellung dieses neuen Systems der Lesungen eine Studiengruppe von Bibel- und Liturgiewissenschaften gebildet. Als erstes Ergebnis ihrer Arbeit wurde 1967 allen Bischofskonferenzen sowie 800 Bibel-, Liturgie- und Pastoralexperten ein 474 Seiten starkes Manuskript zur Prüfung und Stellungnahme übersandt, die dann zu einer völligen Umarbeitung führte. Bei diesen Arbeiten hatte man sich durch vergleichende liturgische Studien (der lateinischen Liturgie vom 6.—12. Jahrhundert, von 15 orientalischen Riten sowie der Lektionarien der reformatorischen Kirchen seit dem 16. Jahrh.) einen Überblick über alle während des Meßgottesdienstes verwandten Bibeltexte zu verschaffen versucht. *Auswahlkriterium* für die Lesungen sollte vor allem die Eignung des Textes sein, die Kontinuität des göttlichen Heilshandelns im AT und NT (beide als Einheit gesehen) aufzuzeigen. So wurden wichtige Texte, die früher nicht in den Lesungen der Sonntagsgottesdienste vorkamen (z. B. das Gleichnis vom verlorenen Sohn u. a.) nun in die Textsammlung aufgenommen. Für jede Messe an Sonn- und Festtagen sind nunmehr drei Lesungen vorgeschlagen: eine aus dem AT, die zweite aus den Schriften des NT, die dritte aus den Evangelien. Im Laufe von drei Jahren sollen auf diese Weise die wichtigsten Texte der gesamten Schrift den Gläubigen nähergebracht werden. Die großen Feste des Kirchenjahres (z. B. Weihnachten, Ostern) sind aus diesem Jahreszyklus herausgenommen. Für die Wochentagsmessen bleibt es bei zwei Lesungen. Die erste Lesung (Epistel) bildet einen fortlaufenden und zusammenhängenden zweijährigen Zyklus, während sich das Evangelium jedes Jahr wiederholt. Der *Zeitpunkt der Einführung* dieser neuen Textsammlung von Schriftlesungen für den Wortgottesdienst der Messe richtet sich nach dem Abschluß der nun fälligen Übersetzungsarbeiten, die in die Kompetenz der nationalen Bischofskonferenzen fallen.

Der in Uppsala 1968 neugewählte **Zentralausschuß des Weltkirchenrats** trat am 11. August 1969 erstmalig in Canterbury zusammen, um als das eigentliche Entscheidungsorgan über die Resolutionen der Weltkirchenkonferenz wie über neue Vorlagen der verschiedenen Abteilungen und Kommissionen zu befinden. Im Vordergrund stand das Rassenproblem, das auf der

Londoner Konferenz vom Mai zu extremen Forderungen auf Reparationsleistungen an die amerikanischen Neger geführt, aber in den USA auch erhebliche Widerstände gegen diese Forderungen wachgerufen hatte (vgl. HK 23, 315). Generalsekretär E. C. Blake stellte in seinem Rechenschaftsbericht (epd, 13. 8. 69) die Gefahr einer ernststen Polarisierung mit möglichen Spaltungen im Weltrat heraus und warnte vor einer Karikatur des Christentums, das sich mit dem materialistischen Utopismus der säkularen Gesellschaft identifiziere. Auch der Vorsitzende, M. M. Thomas, trug den Einwänden Rechnung, daß der alte Humanismus über die ökumenische Theologie der Revolution durch eine Hintertür wieder in die Kirche komme und forderte mehr Konzentration auf die fundamentale Heilsbotschaft. Ein Hauptpunkt war das rechte Verhältnis von Mission und Entwicklungshilfe. Es war sichtlich schwierig, die anderen Mitgliedskirchen zur Einhaltung der Forderung von Uppsala zu bewegen, einen festen Prozentsatz ihrer Einkünfte für Entwicklungshilfe freizustellen, wie das die EKD getan hat. Die Kommission Faith and Order bemühte sich, die Aufmerksamkeit auf das theologische Zentralthema „Einheit der Kirche — Einheit der Welt“ zu lenken und den in Uppsala von Sektion I angeregten Gedanken eines universalen Konzils zu fördern, was wiederum Bedenken bei den Orthodoxen erregte. Die Frage eines baldigen Beitritts der römisch-katholischen Kirche wurde ungeachtet der Vorbehalte des Papstes in Genf erörtert, aber der Gedanke, den Weltrat der Kirchen aufzulösen und ihn gemeinsam mit Rom neu zu gründen, fand keine Billigung. So blieben (soweit bis Redaktionsschluß erkennbar war) zwei Themen beherrschend: Förderung der Entwicklungshilfe im Dienste größerer Gerechtigkeit und Förderung der lokalen Zusammenarbeit der im Weltrat vereinten Kirchen mit den römisch-katholischen Bischofskonferenzen.

In der **Erzdiözese Utrecht (Holland)** wurden fünf **Diakone von Kardinal B. Alfrink** zu „Pastoren“ ernannt. Ein Laie, der seine theologischen Studien beendet hatte, erhielt dieselbe Ernennung. Schon vor etlichen Monaten hatten sieben von elf Priesteramtskandidaten der Erzdiözese Utrecht erklärt, sie würden sich nur zu Priestern weihen lassen, wenn die Zölibatsverpflichtung für sie keine Geltung hätte. Eine Erzbischöfliche Kommission hat im Mai 1969 bestimmt, daß künftig der Priesterweihe nach Abschluß des Theologiestudiums generell ein *einjähriges Seelsorgepraktikum* vorauszugehen habe. Sollte sich der Praktikant nach Ablauf dieses Jahres gegen die Priesterweihe (weil gegen die Zölibatsverpflichtung) entscheiden, so kann er weiterhin in der Seelsorgearbeit verbleiben. Einer eventuellen Verheiratung hat (aus finanziellen Gründen) allerdings eine Neubewerbung um die Seelsorgsstelle vorauszugehen. Diese „Pastöre“ mit Diakonatsaufgaben werden predigen und Kommunion austeilen und auch seelsorgliche Funktionen (Religionsunterricht, Hausbesuche, Jugend- und Verbands-